

Umstrittenes Planungstool

Im Gesundheitsausschuss ist die Krankenhausplanung in Bayern weiterhin umstritten. Dies wurde bei der Beratung über das sogenannte Mediqon-Gutachten zum künftigen stationären Versorgungsbedarf deutlich. Nach der Studie, die auf der Basis von Daten zur Patientenstruktur und der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung regional nötige Klinikkapazitäten vorausberechnet hat, werden 2035 rund 3

Prozent mehr Menschen ein Klinikbett benötigen als heute, wenn gleichzeitig das mögliche Potenzial an ambulanten Behandlungen ohne Klinikaufenthalt voll ausgeschöpft wird. Dazu müsste das Angebot an niedergelassenen Haus- und Fachärzten ausgebaut werden.

Laut Ministerialdirigent Herwig Heide aus dem Gesundheitsministerium bietet das Gutachten eine „kleinräumige Versorgungsprognose“ für alle

Regionen Bayerns. Es sei Grundlage für die weitere Krankenhausplanung und stehe den Krankenhausträgern sowie den für die Planung verantwortlichen kommunalen Entscheidungsträgern zur Verfügung.

Dagegen bezeichnete Andreas Hanna-Krahl (Grüne) das Planungstool lediglich als „Orientierungshilfe“. Er sah genauso wie Ruth Waldmann (SPD) den Freistaat weiter in der Pflicht für eine übergeord-

nete, landesweite Krankenhaus- und Versorgungsplanung. Diese Planungsleistung könnten auch nach Ansicht zahlreicher Fachverbände die kommunalen Entscheidungsträger nicht allein leisten. Thorsten Freudenberger (CSU) sah aufgrund der vom Bund angestoßenen Krankenhausreform ohnehin zusätzliche Koordinierungsaufgaben auf das Gesundheitsministerium zukommen. > JUM